

Aktuelles an der Schnittstelle Flucht, Migration und Behinderung in Deutschland

April 2020

Zum Newsletter

Mit dem Projekt Crossroads | Flucht. Migration. Behinderung. tritt Handicap International für eine grundsätzliche Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit einer Behinderung und Flucht- bzw. Migrationsgeschichte ein.

Im Rahmen unserer Vernetzungsarbeit werden wir immer wieder auf aktuelle Entwicklungen aufmerksam, die das Leben von Menschen mit einer Behinderung und Flucht bzw. Migrationshintergrund direkt betreffen. Mit dem Newsletter „Aktuelles an der Schnittstelle Flucht, Migration und Behinderung in Deutschland“ möchten wir diese Informationen teilen und so den Austausch in unserem wichtigen Arbeitsfeld stärken.

Eine Anmeldung für den Newsletter ist [hier](#) möglich.

Wir freuen uns über Rückmeldungen zum Newsletter und Hinweise zu weiteren möglichen Inhalten. (Kontaktdaten finden sich im Impressum)

Weitere Informationen über das Projekt Crossroads | Flucht. Migration. Behinderung. finden Sie auf unserer Internetseite: <https://handicap-international.de/de/crossroads/index>.

Auch der aktuelle Newsletter steht im Zeichen der Coronakrise

Menschen mit Behinderung gehören in vielen Fällen zur Gruppe der Personen, die im Falle einer Infektion mit Covid-19 mit einem schweren und gefährlichen Krankheitsverlauf rechnen müssen. Trotzdem bleiben viele geflüchtete Menschen mit Behinderung, ebenso wie andere Personen der Corona-Risikogruppe in Sammelunterkünften untergebracht. Allein auf Grund der engen Wohnverhältnisse ist ein effektiver Infektionsschutz dort nicht umzusetzen. An vielen Orten reagieren die Behörden mit, die gesamte Unterkunft umfassenden, Quarantänemaßnahmen, meist ohne eine ausreichende Identifizierung und Evakuierung möglicher Corona Risikopersonen vorzunehmen. In direkter Folge des verwehrteten Schutzes für geflüchtete Menschen der Risikogruppe [sind inzwischen erste Todesfälle zu verzeichnen](#). Mit Blick auf diese massiven Menschenrechtsverletzungen für geflüchtete Menschen mit Behinderung legen wir im vorliegenden Newsletter einen Schwerpunkt auf das Thema Evakuierung von Sammelunterkünften.

Appell: Geflüchtete Menschen mit Behinderung in Sammelunterkünften vor Corona schützen - Infektionsrisiken senken

Um auf die beschriebene Lage aufmerksam zu machen und die notwendigen Handlungsschritte anzustoßen, hat Handicap International einen Appell „[Geflüchtete Menschen mit Behinderung in Sammelunterkünften vor Corona schützen - Infektionsrisiken senken](#)“ an die Ministerpräsident/-innen der Länder gerichtet. In dem auch an die Behinderten- bzw. Inklusionsbeauftragten der Länder und des Bundes versendeten Schreiben macht HI darauf aufmerksam: Menschen mit Behinderung gehören in sehr vielen Fällen zur Corona-Risikogruppe. Geflüchtete Menschen mit einer Behinderung müssen deshalb vor einer Infektion geschützt werden. In Sammelunterkünften ist dies derzeit nicht zu bewerkstelligen. Um die dort untergebrachte vulnerable Corona-Risikogruppe, darunter viele Menschen mit Behinderung vor einer für sie gefährlich verlaufenden Covid-19-Erkrankung zu schützen, muss eine Verlegung in möglichst dezentrale Unterkünfte erfolgen. Auch andere Fragen, wie den Zugang zu Leistungen und die Notwendigkeit der Aussetzung negativer Asylbescheide wird thematisiert.

Für Informationen zur jeweiligen Situation in den Bundesländern, verweisen wir auf die Landesflüchtlingsräte, die das Thema für ihren jeweiligen Länderkontext mit großer Kraft bearbeiten.

Infektionsschutz in Sammelunterkünften: Urteil des Verwaltungsgerichts Leipzig und Arbeitsschutzstandards des BMAS

Hoffnung macht in diesem Zusammenhang [das Urteil \(3 L 204/20\) des Verwaltungsgerichts Leipzig](#). Dieses entschied am 22.04.2020, dass die Abstandsregelungen nach der sächsischen Coronaschutzverordnung auch in einer Erstaufnahmeeinrichtung einzuhalten und die Wohnverpflichtung in der EAE nach § 47 AsylG aufzuheben ist. Das Gericht hebt die Wohnverpflichtung des Klägers für die EAE in Dölzig mit der Begründung, dass die Aufhebung „*insbesondere zum Schutz des Antragstellers selbst vor Ansteckung mit dem Sars-CoV-2 geboten*“ ist. Der fehlende Infektionsschutz der Unterkunft ist Thema in einem kurzen [Beitrag des MDR Magazins Exakt](#)

Infektionsschutzes in Sammelunterkünften wird auch in den neu veröffentlichten [Arbeitsschutzstandards des BMAS](#) thematisiert. Hier heißt es dazu: „*Grundsätzlich ist eine Einzelbelegung von Schlafräumen vorzusehen. Eine Mehrfachbelegung von Schlafräumen ist grundsätzlich nur für Partner bzw. enge Familienangehörige statthaft.*“

Menschen mit Behinderung droht durch Triage die Aussortierung

Obwohl die Zahlen der Neuinfektionen mit Sars- Covid-19 gesunken ist, können steigende Infektionszahlen und letztlich auch eine Überforderung des Gesundheitssystems nicht ausgeschlossen werden. In einem solchen Fall ist die Gesellschaft mit der Frage konfrontiert, wer eine lebensrettende Behandlung erhält und wer möglicherweise nicht. Sowohl der [deutsche Ethikrat](#), als auch die [Deutsche Interdisziplinäre Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin \(Divi\)](#) haben Empfehlungen für ein Triageverfahren erarbeitet. Nach diesen Vorschlägen kommt es zu einer massiven Benachteiligung von Menschen mit Behinderung. Ihnen droht im Fall der Überforderung des Gesundheitssystems die lebensrettende Behandlung verwehrt zu werden.

Das Forum behinderter Juristinnen und Juristen benennt den Missstand in einer "Stellungnahme zu den Empfehlungen der Fachverbände für den Fall einer Triage". Abilitywatch macht mit der Kampagne #menschistmensch unter anderem mit einem kurzen und eindrücklichen Video auf den Missstand aufmerksam.

Die DIVI hat inzwischen eine überarbeitete Version der Vorschläge, ca. zwei Wochen nach Ostern angekündigt.

Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu vulnerablen Personen im Flüchtlingslager Moria

Zahlreiche Initiativen setzen sich derzeit für die Evakuierung der Bewohner/-innen der unter menschenunwürdigen Bedingungen in Flüchtlingslagern in Griechenland untergebrachten Personen ein. Auch dort leben zahlreiche Menschen mit Behinderung, die dem hohen Risiko einer Covid-19 Infektion und dem damit einhergehenden gefährlichen Krankheitsverlauf ausgesetzt sind. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat nun, am 22.04. die [Überstellung von acht vulnerablen Schutzsuchenden aus Moria in eine menschenwürdige Unterbringung mit sichergestellter medizinischer Behandlung angeordnet](#). Pro Asyl schreibt hierzu: „Weil in den EU-Hotspots auf den griechischen Inseln nur Elend, Chaos und Willkür vorherrschen, müssen Mindeststandards der Rechtsstaatlichkeit, des Gesundheitsschutzes und der Menschenwürde vor internationalen Gerichten erstritten werden. Das ist die bittere Seite dieser sehr wichtigen Einzelfallerfolge.“

Projekt Empowerment Now von Handicap International sucht Selbstvertretende für Videoprojekt.

Im Rahmen unseres HI- Projekts "Empowerment Now" ist es uns ein zentrales Anliegen Geflüchtete Menschen mit Behinderung selbst zu Wort kommen zu lassen und sie darin zu stärken, ihre Interessen eigenmächtig und selbstbestimmt zu vertreten. Wir möchten geflüchteten Menschen mit Behinderung und deren Angehörige daher auch in der aktuellen Corona-Krise eine Plattform bieten, um von ihrer aktuellen Lebenslage unter Covid-19 berichten zu können. Dabei ist die Idee entstanden, ein kurzes Video zu erstellen. Darin wenden sich Selbstvertretende an die Öffentlichkeit und berichten, wie sie mit der derzeitigen Krisensituation umgehen, mit welchen Problemen und Risiken sie aktuell konfrontiert sind, wie sie diese Herausforderungen bewältigen und welche Forderungen sie an Politik und Verwaltung stellen. Falls Ihnen Selbstvertreter/-innen bekannt sind, die Interesse daran hätten sich bei dem partizipativen Videoprojekt miteinzubringen, würden wir uns über eine Kontaktherstellung sehr freuen. Ansprechpartnerin ist Nora Demirbilek; Mail: nl.demirbilek@hi.org.

Impressum:
Handicap International e.V
Berliner Straße 44
10713 Berlin
[Newsletter abonnieren](#)